

also 155

März 2020

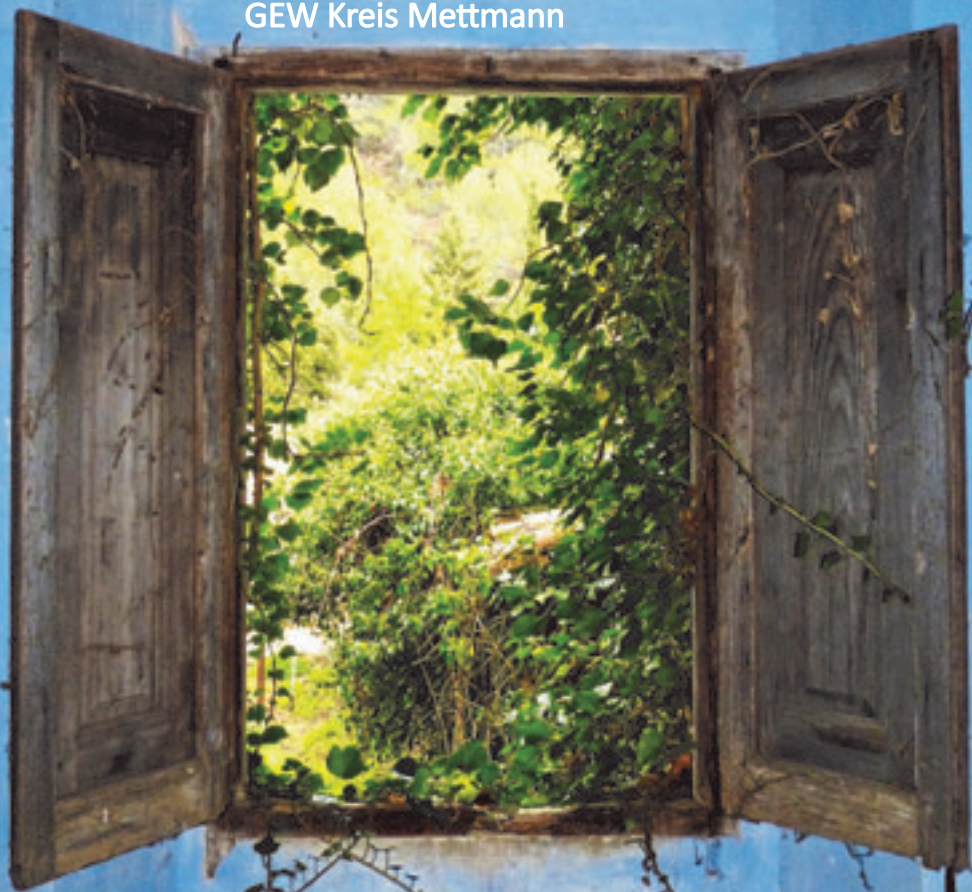
GEW Wuppertal



Extraseiten

GEW Solingen

GEW Kreis Mettmann



Impressum:

also 155
März 2020

GEW
Stadtverband
Wuppertal

Paradestr. 21
42107 Wuppertal

Tel. 0202 - 440261
Fax 0202 - 455050

wuppertal@gew-nrw.de
www.gew-wuppertal.de

Bürozeiten:
Mo-Do 13 -17 Uhr

v.i.S.d.P.:
Helga Krüger

Redaktion
und Layout:

Susanne Adlung
Kerstin Beulke
Helga Krüger
Ulla Weinert

Druck:
Druckerei Schöpp

Der Bezugspreis
ist im
Mitgliedsbeitrag
enthalten.

Extraseiten von
GEW Solingen
GEW Mettmann

Fotos: Pixabay
GEW

Inhalt:

Treffen Vertrauensleute	03
Einladung Jahreshauptversammlung Wuppertal	04
Digitalisierung und Schule: Fluch oder Segen?	05
Lehrerarbeitslosigkeit trotz Lehrermangels?	06
Postkarten für die Schulministerin	07
Betteltour für Lernmittel	08
Grundschule Matthäusstraße - Fortsetzung	10
Schulschwimmen - Hier muss was passieren	11
Radikalenerlass Aufarbeitung	16
Geschichte eines Berufsverbotes	19
Zu Besuch bei Else	24
Geburtstage GEW Wuppertal	26
Jahresausklang GEW Wuppertal	28
Beihilfe: Fallstricke & Vorteile	31
Tipp I Elternzeit : Elterngeld und Steuern	32
Tipp II Elternzeit: Wenn Vätern pendeln müssen	33
Angebote für Fortbildungen	34
GEW Solingen	
Einladung zur Jahreshauptversammlung	37
Fehlende Plätze in der SEK I	38
Schulentwicklungsplan Solingen	39
Max-Leven -Zentrum	40
Sonderzug Ja 13	42
Geburtstage GEW Solingen	45
In der Loosen Maschinn	46
Vorstand und Service	48
GEW Mettmann	
Ehrung der Jubilare	50
Vorstand und Kontakte GEW Mettmann	51
Geburtstage GEW Mettmann	52
Personalräte Wuppertal	54
Vorstand GEW Wuppertal	55

Ein rundum gelungenes Treffen

Bowling mit den GEW-Vertrauensleuten

// Sie unterstützen die GEW vor Ort an den Schulen, sie verteilen unsere Post, sie hängen Plakate der GEW im Lehrerzimmer auf, sie versorgen das Kollegium mit Informationen der GEW, sie unterstützen uns bei Umfragen, sie beteiligen sich an Protestaktionen und vieles mehr... //

Ein sehr guter Grund, unseren Vertrauensleuten einmal ein herzliches Dankeschön zu sagen! Und was eignete sich da besser, als in lockerer Runde gemeinsam Bowlen zu gehen? So trafen sich im Februar 25 Kolleg*innen verschiedener Schulformen in der Alten Papierfabrik, um sich in lockerer Atmosphäre bei einem Getränk und Snacks nicht nur über schulische Themen zu unterhalten.

Auch wenn nicht immer der große Wurf beim Bowlen gelang, für Spaß und gute Stimmung war auf jeden Fall gesorgt!

Fazit des Abends: Ein nächstes Treffen wurde von allen gewünscht und wird sicher in diesem Jahr erneut stattfinden! Vielleicht nach dem für die GEW Wuppertal hoffentlich erfolgreichen Personalratswahlkampf 2020?

Fest steht: Die GEW Wuppertal bedankt sich bei allen engagierten Vertrauensleuten vor Ort an den Schulen und wir setzen weiterhin auf eure tatkräftige Unterstützung!





Jahreshauptversammlung der GEW Wuppertal

Dienstag, 24.3.2020

**Gesamtschule Barmen, Unterdörnen 1
42283 Wuppertal**

17.30 Uhr

Berichte

**Tätigkeitsbericht des Vorstandes / Kassenbericht /
Bericht der Kassenprüfer / Entlastung des Vorstandes**

Anträge und Verschiedenes

19 Uhr: Imbiss

19.30 Uhr - öffentlicher Teil - siehe nächste Seite

Digitalisierung und Schule Fluch oder Segen...?

Vortrag - Streitgespräch -Diskussion
mit Dr. Matthias Burchardt

Das Schlagwort der Digitalisierung ist in aller Munde. Auch Schule und Bildung sollen in ein neues (besseres) Zeitalter aufbrechen. Aber was verbirgt sich hinter diesem Hype? Ist die Digitalisierung wirklich so dringlich und so alternativlos? Muss Schule sich ändern, damit die Technik Einzug halten kann? Oder sollten Lehrkräfte nicht vielmehr nach didaktischen Erwägungen selbst entscheiden, ob und in welcher Form Digitalisierung überhaupt brauchbar ist.

Der Vortrag möchte die Hintergründe und Interessenlagen ausleuchten, die hinter der digitalen Revolution am Werke sind. Viele Reformen sind in den letzten Jahren übereilt und ohne Rücksprache mit den Schulen ins Werk gesetzt worden. Unter den Folgen leiden alle Beteiligten bis heute. Wie wäre es, wenn wir die Digitalisierung mit pädagogischem Augenmaß beurteilen und in Ruhe nur die sinnvollen Aspekte übernehmen?

Für das anschließende Streitgespräch haben wir auch Felix Schaumburg, Medienberater der Stadt Wuppertal, gewonnen. Wir freuen uns auf eine spannende Diskussion.



Dr. Matthias Burchardt lehrt und forscht an der Universität zu Köln im Institut für Bildungsphilosophie. Er gilt als ausgewiesener Kritiker der gegenwärtigen Bildungspolitik. Insbesondere setzt er sich kritisch mit der zunehmenden Ökonomisierung der Bildung auseinander.

Lehrerarbeitslosigkeit ...

trotz Lehrermangels???

// Der akute Lehrermangel und die Fehlplanung der Landesregierung wird intensiv diskutiert. Auch daher können sich die Referendar*innen der Sekundarstufe II nicht vorstellen, dass sie im Mai 2020 größtenteils in die Arbeitslosigkeit gehen werden. //

Als wir im Zfsl Solingen die Referendar*innen für die Auswahlgespräche beraten haben, ernteten wir Kopfschütteln und Fassungslosigkeit, denn ihnen wurde bewusst, dass viele Arbeitslosengeld II beantragen müssen und trotz einer langen Ausbildung keine Planstelle besetzen werden.

Diese desaströse Situation ist Folge einer konsequenten Fehlplanung der politisch Verantwortlichen. Da trotz gleicher Studiendauer aller Lehrämter die Bezahlung signifikant unterschiedlich bleibt, haben sich in den letzten Jahren überdurchschnittlich viele für ein Lehramtsstudium für Gymnasien/Gesamtschulen entschieden. Für die Grundschulen dagegen werden deutlich zu wenige Lehrer*innen ausgebildet. Eine Nachsteuerung dieser Schieflage blieb bisher aus. Weder werden alle Lehrer*innen gleich bezahlt, noch werden die Zugänge für bspw. die Grundschule signifikant erleichtert.

Das Angebot für die Absolvent*innen der SEK II als „Seiteneinsteiger“ in die Grundschule zu gehen, ist unter diesen Bedingungen wenig attraktiv: Es geht zurzeit nur im Angestelltenverhältnis und unter Verzicht von zwei Lohnstufen! Das alles ist Folge der Beibehaltung von unterschiedlichen Laufbahnen in den Schulstufen. Daher ist die Umsetzung der gleichen Bezahlung für alle nach A13Z ein so wichtiger Baustein für die Korrektur des Lehrerarbeitsmarktes.

Die Umstellung auf G9 führt paradoxerweise zu einem Minderbedarf der Gymnasien, denn die Stundentafel wurde für die SEK II abgesenkt, sodass nun weniger Lehrer*innen gebraucht werden. Anstatt jedoch diesen Überhang durch finanzielle Anreize an die anderen Schulformen zu locken oder vorausschauend aufgrund der Pensionierungswelle schon jetzt einzustellen, sollen sie in einem beschwerlichen Weg eine schlechter bezahlte Stelle antreten. Für die Kolleg*innen im Zfsl Solingen wird es dieses Jahr besonders bitter. Da die Sommerferien schon im Juni beginnen und die Vertretungsmittel gekürzt wurden, bleiben auch die befristeten Verträge ab Mai rar. Für sie bleibt nur die Hoffnung auf eine feste Planstelle oder eine Vertretungsstelle ab Mitte August 2020. Ein attraktives Umfeld zur Gewinnung von notwendigen Lehrer*innen schafft man so nicht.

Tino Orlishausen

351 Postkarten für Schulministerin

Finger weg von meiner Teilzeit

// Die Schulministerin dreht an der Teilzeitschraube, um den Lehrermangel zu begegnen. Damit riskiert sie neue Ausfälle wegen Überlastung. Die Fachgruppe Grundschule hat deshalb eine Postkartenaktion in den Grundschulen gestartet mit der deutlichen Aussage: Finger weg von meiner Teilzeit. //

Die 351 Postkarten der Teilzeit-Kolleg*innen, die bei der GEW in Wuppertal eingetroffen sind, zeigen eindrucksvoll, dass es sehr gute Gründe gibt, in Teilzeit arbeiten zu wollen. Und das ist nicht in erster Linie der Wunsch, mehr Zeit für die Familie zu haben, sondern die seit Jahren ständig steigende Arbeitsbelastung und die ausufernde Arbeitszeit, die allen zu schaffen macht.

Zusätzliche Herausforderungen und Aufgaben durch Inklusion, Integration von zugewanderten Kindern, große Klassen, sanierungsbedürftige Gebäude, schlechte Ausstattung sowie bürokratischer Wildwuchs haben zu einer massiven Belastung aller Lehrkräfte an den Grundschulen geführt. Deswegen ist die Teilzeit für viele Kolleg*innen eine selbstfinanzierte Entlastung, weil anders die Herausforderungen kaum zu stemmen sind.

Bereits im letzten Jahr haben Schulbehörden versucht, Teilzeitanträge abzulehnen. Auch neue Versuche werden weiter auf den konsequenten Widerstand der Personalräte stoßen.



Die GEW-Personalräte der Grundschule mit der Post für die Schulministerin.

Beste Bildung ...

Land NRW lässt Schulen weiter auf Betteltour gehen

// Frei von Lernmitteln müsste es eigentlich heißen, denn wo Lernmittelfreiheit drauf steht, ist bald nix mehr drin. 2003 wurden zum letzten Mal die sogenannten Durchschnittsbeiträge für die Lernmittel erhöht. Das ist der Betrag, der den Schulen für Neuanschaffungen von Schulbüchern etc. zur Verfügung steht, ein Drittel davon, müssen die Eltern beisteuern. Was würde Schulministerin Gebauer sagen, würde ihr das Gehalt von 2003 gezahlt? //

In der Sekundarstufe I soll die Schule mit 78€ pro Kind auskommen, allein nur die Inflationsrate gerechnet, müssten heute 99,35€ zur Verfügung stehen.

In diesen 17 Jahren seit 2003 mussten die Schulen eine Rechtschreibreform (2007) beachten, in den Grundschulen wurde das neue Fach Englisch zunächst in Klasse 3 (2003), dann in Klasse 1 (2009) eingeführt, doch der Lernmitteletat blieb gleich.

Pädagogische Anforderungen haben sich durch Inklusion, individuelle Förderung, Beschulung von Flüchtlingskindern völlig verändert, doch der Lernmitteletat blieb gleich.

Digitalisierung: Wie soll die Software bezahlt werden?

Jetzt soll die Digitalisierung Einzug halten. Doch dafür reicht Hardware allein nicht aus. Software allerdings muss aus dem Lernmitteletat beschafft werden. Doch der Lernmitteletat bleibt gleich?

Kopiergeld und Toilettenzehnt

Die Schulen gehen in ihrer Not - am Rande der Rechtmäßigkeit - auf Betteltour: 20€ Kopiergeld hier, Lektüre bitte kaufen, noch mal 10€ Kopiergeld und die vom Schulverein privat finanzierte Toilettenfrau muss ja auch noch bezahlt werden, von den Eltern natürlich - ein bildungspolitischer Skandal und wieder ein Punkt, der die Kinder aus einkommensschwachen Familien besonders belastet und die soziale Schere weiter auseinanderklaffen lässt.

Die beste Bildung bleibt so gründlich auf der Strecke, Frau Gebauer.



Hoffnung

Grundschule Matthäusstraße

Schulträger wachgerüttelt - Verbesserungen geklappt

// Die Situation an der neuen Grundschule in Wichlinghausen hat sich deutlich entspannt. Mussten wir im Oktober noch etliche Mängel aufzeigen, können wir heute berichten, dass der Hilferuf der Schule im Rathaus gehört wurde und zu Maßnahmen geführt hat. Dazu hat sicher auch die Unterstützung der GEW und des Personalrates für Grundschulen beigetragen. //

So sind drei neue Lehrkräfte dazugekommen und im Verwaltungsbereich hilft nun ein Schulverwaltungsassistent. Eine eigene Schulleitung wurde leider immer noch nicht gefunden, sodass weiterhin von einer Nachbarschule tatkräftige Unterstützung kommen muss.

Die Tafeln wurden inzwischen angebracht, die Kleiderhaken sind nun auch für die Erstklässler erreichbar. Die Kolleg*innen berichten, dass die Verwaltung sich kräftig bemüht, die Ausstattung zu vervollständigen.



Die Kinder freuen sich am meisten darüber, dass der Bauzaun und das große Loch weg sind und ein neues Klettergerüst endlich aufgebaut wurde. Es ist in den Pausen natürlich der Hit.

Wir hoffen nun sehr, dass die Schulverwaltung für den zweiten Jahrgang, der ja im August vor den Schultoren steht, gut vorbereitet und gerüstet ist.

Hier muss was passieren

Schulschwimmen: GEW schreibt an Oberbürgermeister

// 60 Nichtschwimmer im kleinen Becken, ein Lärmpegel, den Lehrerstimmen nicht durchdringen können, bis zu 100 Kinder in engen Umkleidekabinen und Stress bei der Anfahrt im Schulbus, weil die Sitzplätze nicht reichen. //

Eine Umfrage der GEW unter 95 Schulen bringt massive organisatorische Mängel und teilweise abenteuerliche Zustände beim Schwimmunterricht ans Licht.

Die Rückmeldungen von 48 Schulen, die die GEW Wuppertal in kürzester Zeit erreichten, zeigen, dass dringender Handlungsbedarf für die Stadt als Schulträger besteht. Viele Probleme sind sicher durch die in der Vergangenheit politisch getroffenen Entscheidungen zur Bäderschließung verursacht worden. Dennoch sind wir überzeugt, dass durch organisatorische Maßnahmen eine Verbesserung der teilweise untragbaren Bedingungen möglich ist. Die brennendsten Probleme haben wir in dem Brief an OB Mucke zusammengefasst.

Schwimmbusse überfüllt

Schon die Anfahrt mit den Schwimmbus ist oft eine Katastrophe. Die Überfüllung der Busse, die auch durch die Kopplung verschiedener Schulen entsteht, führt zu Stresssituationen für Kinder, Lehrkräfte und Busfahrer*innen. Zwar ist es erlaubt, Kinder in den Bussen stehend zu transportieren, doch der Schulträger ist durchaus in der Lage, dies vertraglich anders mit den Busfirmen bzw. der WSW zu regeln und den Kindern, Lehrkräften und Busfahrer*innen die stressige Fahrt zu ersparen.

Bessere Taktung der Schwimmbusse notwendig

Die Abfahrtszeiten vom Schwimmbad zurück sind so eng getaktet, dass vor allem Grundschulkinder sie nicht immer schaffen können (15 Min. vom Beckenrad zum Bus mit duschen, anziehen und Wegezeit). Das führt dann häufig zu einer nochmaligen Verknappung der Wasserzeit, die mit 30 Minuten in den Augen aller Schulen viel zu kurz bemessen ist.

Wie die Schulen berichten, entstehen vor allem in der Schwimmpool und dem Schwimmleistungszentrum die größten Probleme. Im Schwimmleistungszentrum ist die Belegung des Nichtschwimmerbeckens besonders problematisch. Dort sind bis zu 60 Kinder gleichzei-

tig - aufgeteilt auf drei Bahnen - im Wasser. Die Kinder können wegen des Lärmpegels verbal nicht erreicht werden, ängstliche Kinder können nicht unterstützt werden, wenn der Gruppe die mittlere Bahn zugeteilt wurde, in Notfällen könnte es für die Lehrkraft schwierig werden, zeitnah einzugreifen.

Aufsicht prekär - Schwimmunterricht nicht effektiv

Das ist eine Situation, die auch unter Sicherheits- und Aufsichtsaspekten höchst fragwürdig ist. Effektiver Schwimmunterricht ist unter solchen Bedingungen nicht möglich. Wir haben die Vermutung, dass die ständig wachsende Zahl der Nichtschwimmer bei der Planung der Schwimmzeiten nicht ausreichend bedacht wurde.

Planungsoptimierung notwendig

Da uns eine Grundschule berichtet, in ihrer Schwimmzeit seien im Schulleistungszentrum optimale Bedingungen, möchten wir ebenfalls vermuten, dass auch insgesamt eine Planungsoptimierung Entspannung bringen kann.

In diesem Bad führt auch die nahtlose Taktung der Schwimmzeiten zwischen den nachfolgenden Schulen (an- und abreisende Schüler treffen sich in den Kabinen) zu einer völligen Überfüllung der Umkleidekabinen, was für alle Beteiligten Konflikte und Stresssituationen bedeutet. Ähnlich schildern uns die Schulen die Situation in der Schwimmoper, auch hier müssen sich viel zu viele Kinder den Nichtschwimmerbereich teilen. Auch hier kommt es zur Überfüllung der Umkleidekabinen, teilweise befinden sich bis zu 100 Kinder im engen Kabinenbereich.

Schulen wünschen sich längere Wasserzeiten

Übereinstimmend wünschen sich alle Schulen – unabhängig davon welches Schwimmbad sie besuchen - die Verlängerung der Wasserzeit, mehr Zeit bis zur Abfahrt der Busse nach der Wasserzeit, eine bessere Verzahnung mit den Stundenrastern der einzelnen Schule, einige wünschen auch die Zuteilung von zusätzlichen Schwimmzeiten.

Bessere Kommunikation notwendig - Einbeziehung der Schulen in Planungsphase

Vor allem die Absprache und Kommunikation mit den Schulen lässt offenbar sehr zu wünschen übrig. Eine Zuteilung von Schwimmzeiten und die Abfrage, ob der Wochentag passt, reicht in unseren Augen als Kommunikation einfach nicht aus.

Die Schulen wünschen sich mehr Transparenz und eine effektive Einbeziehung in die Planungsphase. Sicher gibt es auch Probleme des



Schwimmunterrichts, die nicht in den Verantwortungsbereich der Stadt fallen. So fehlen ausgebildete Sportlehrer*innen und Lehrkräfte, die zumindest die Rettungsfähigkeit besitzen.

Insgesamt zeigen die Berichte aus den Schulen, dass die organisatorischen Maßnahmen zur Sicherstellung eines wesentlich effektiveren Schwimmunterrichts deutlich verbessert werden müssen, dazu gehört auch eine intensivere Kommunikation mit den Schulen und ihre frühzeitige Einbeziehung in die städtischen Planungen.

Gespräch der GEW mit der Stadt: Erste Verbesserungen in Sicht

Oberbürgermeister Mucke hat schnell reagiert. Am 6.2.2020 kam es nun zu einem Gespräch der GEW mit dem Schulträger und Vertretern des Sport- und Bäderamtes. Von der GEW nahmen Martina Haesen-Maluck und Richard Voß an dem Gespräch teil. Nun können wir berichten, dass es erste zaghafte Schritte zur Verbesserung geben soll.

Überarbeitete Abfrage zur Schulschwimmplanung 2020/21

Der Schulträger greift den Vorschlag der GEW auf, den bisherigen Fragebogen zu überarbeiten. Allerdings hatte die GEW im Vorfeld vorgeschlagen, alle betroffenen Schulen **vor** der Herausgabe eines aktualisierten Fragebogens erst einmal in die Überarbeitung miteinzubeziehen, um damit genauere Information zu erhalten, welche organisatorischen Maßnahmen zur Sicherstellung eines effektiveren Schwimmunterrichts aus der jeweiligen schulischen Sicht überhaupt Priorität haben.

Dieser Idee ist der Schulträger nicht nachgekommen, trotzdem sehen wir den neuen Fragebogen als einen ersten Schritt in die richtige Richtung an. Die GEW hat nun die Schulen gebeten, nach kritischer Sichtung weitere Verbesserungsvorschläge zu machen.

Bessere Verzahnung mit dem Stundenraster der einzelnen Schulen

Besser berücksichtigt im Fragebogen ist nun die Abfrage nach bevorzugten Schwimmzeiten, nach Uhrzeiten des Unterrichtsbeginns, Unterrichtsende und den Pausenzeiten sowie die Möglichkeit, eigene Bemerkungen und Wünsche einzutragen.

Abholzeiten mit dem Bus werden verlängert

Die Abholzeiten mit dem Bus nach dem Schwimmen werden auf 20 Minuten (statt bisher 15 Minuten) ausgedehnt. Vor allem für die Grundschulen sicher eine kleine Entlastung!

Verlängerung der Wasserzeit bleibt organisatorisches Problem

Dem Wunsch aller Schulen, die Wasserzeit zu verlängern, kann aus Sicht des Schulträgers nicht nachgekommen werden angesichts von

90 zu versorgenden Schulen und der derzeit begrenzten Verfügbarkeit von nutzbaren Schwimmbädern.

Schwimmer*innen und Nichtschwimmer*innen

Nach Angaben des Schulträgers haben in der Vergangenheit viele Schulen ungenaue Angaben oder gar keine Angaben zur Anzahl von Nichtschwimmer*innen bzw. Schwimmer*innen gemacht. Gerade hinsichtlich der wachsenden Anzahl von Nichtschwimmer*innen sollte jede Schule dies aber möglichst genau ermitteln, damit eine bessere Koordinierung der Wasserzeiten vor allem in den Nichtschwimmerbecken möglich ist.

Austausch mit den Verantwortlichen vom Sport- und Bäderamt

Mit den Vertretern des Sport- und Bäderamtes wurde u.a. das Thema Kommunikation mit dem Badpersonal angesprochen. Zahlreiche Lehrkräfte wünschen sich hier eine bessere Kommunikation und mehr Verständnis für die Belange der Schulen. Darüber hinaus sprach die GEW die schwierigen Bedingungen in den Umkleidekabinen an, die es den Lehrkräften oft schwer machen, ihre Aufsichtspflichten wahrzunehmen. Die Vertreter des Sport- und Bäderamtes versicherten im Gespräch, die Anliegen der Schulen aufzugreifen und dem Badpersonal zurückzumelden.

GEW bleibt dran

Wir werden nun aufmerksam begleiten, dass die angekündigten Maßnahmen umgesetzt werden und zusammen mit den Schulen weitere Verbesserungen anstoßen. Vor allem die Situation der Schwimmbusse werden wir in Kürze noch einmal ansprechen, so z.B. die Überfüllung und die zu enge Taktung.

Die GEW Beitragsquittungen

... werden nicht mehr automatisch an alle GEW-Mitglieder verschickt. Man kann sie jetzt per Download selbst unter www.gew.de/beitragsbescheinigung herunterladen. Dazu ist es notwendig, sich vorher unter „Meine GEW“ zu registrieren. Alternativ kann die Bescheinigung auch per E-Mail an mitgliederverwaltung@gew-nrw.de angefordert werden.

Aufarbeitung „Radikalenerlass“

250 Gäste bei den Wuppertaler Veranstaltungen

// Aufgrund des „Radikalenerlasses“, unter Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) 1972 von der Innenministerkonferenz beschlossen, wurden etwa 3,5 Millionen Bewerber*innen in Deutschland auf ihre politische Gesinnung überprüft. Betroffen waren vor allem Lehrer*innen, aber auch Postbeamt*innen oder Lokführer im öffentlichen Dienst. Wer nach Ansicht des Staates gegen die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ verstieß, konnte entlassen oder vom Dienst ausgeschlossen werden. Es gab 1250 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen - alle aus dem linken Spektrum. //

Der GEW Wuppertal ist es gemeinsam mit der GEW NRW gelungen, mit der Ausstellung „Vergessene Geschichte“, die an das Schicksal vom „Radikalenerlass“ betroffener Menschen erinnert, zwei hochkarätige politische Veranstaltungen zu organisieren. Mit jeweils weit



über hundert Besucher*innen fanden sie ungewöhnlich großen Wiederhall. Die Ausstellung wurde im Barmer Rathaus eröffnet, mit dem Oberbürgermeister, der GEW Landesvorsitzenden Maike Finnern und einem Wuppertaler Urgestein, der Straßenband „Fortschrott“, die für die richtige Stimmung sorgte und „alte Zeiten“ auferstehen ließ.

Die zweite Veranstaltung fand in der Citykirche statt, diesmal mit

Politikern der FDP, SPD, den Grünen (CDU wegen Fraktionsklausur verhindert), Maike Finnern und der – trotz Sturm- und Zugchaos - aus Baden-Württemberg angereisten ehemaligen SPD Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin. Selbstverständlich waren auch vier in Wuppertal von Berufsverboten betroffene Kolleg*innen anwesend, deren Geschichte auch in der Ausstellung dargestellt wird.

Maike stellte klar, dass auch die GEW damals nicht geschlossen und entschieden gegen das Unrecht gekämpft hat. Im Gegenteil. Es hat in den 70er Jahren Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Denunziationen gegeben, die dazu führten, dass bis 1977 immerhin 204 Mitglieder „wegen Verstoßes gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ aus der GEW ausgeschlossen wurden und die Landesverbände gespalten waren. Die betroffenen Gewerkschaftsmitglieder sind von ihrer Gewerkschaft oftmals im Stich gelassen worden. Der Rechtsschutz war den Ausgeschlossenen verwehrt, Klage dadurch oft nicht finanzierbar. Wenn man rückblickend sieht, wie vielen es dann doch noch gelungen ist, sich in den öffentlichen Dienst einzuklagen, ist das umso schlimmer.

Rehabilitation der Betroffenen

2012 begann die GEW damit ihre unrühmliche Rolle in bundesweiten Konferenzen aufzuarbeiten und der GEW Hauptvorstand entschuldigte sich offiziell für sein Verhalten. Genau hier verortet sich auch die Veranstaltung in der Citykirche. Es geht darum, die Landesregierung zu einer Aufarbeitung des staatlich organisierten Unrechts zu bewegen, verbunden mit einer Rehabilitation der Betroffenen, wie bereits in Bremen geschehen und in Niedersachsen in Angriff genommen.

Die drei Landtagsabgeordneten Sven Wolf (SPD), Matthi Bolte-Richter (Grüne) und Marcel Hafke (FDP) zeigten sich durchaus bereit, hier in Form eines gemeinsamen Antrags an den Landtag aktiv zu werden. Die Frage der Entschädigung sehen sie indes komplizierter, wie immer, wenn es um Geld für die Wiedergutmachung von Unrecht geht.

Frau Däubler-Gmelin stärkte ihnen allerdings den Rücken mit der Bemerkung, dass es doch wohl nicht so schwer sein dürfte, mal eben irgendwo eine Million für einen Entschädigungsfond oder eine Stiftung aufzutreiben. Sehr klar und prägnant ordnete sie nochmal den Radikalenerlass historisch ein und definierte den Unrechtscharakter dieses Erlasses, der anstelle einer individuellen Prüfung eine ganze Gruppe von Menschen unter Generalverdacht stellte. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte habe dies schon 1995 deutlich so festgestellt.

Ulla Weinert

Die Wuppertaler*innen in der Ausstellung



Berufsverbot für Christiane Bainski

Referendariat, Ablehnung der Einstellung, Anhörungen, Prozess verloren, „Vorwurf“: AStA-Vorsitzende, Studienreisen DDR, DKP-Mitglied, erst nach 13 Jahren Einstellung als Lehrerin, dann erfolgreiche Berufstätigkeit zuletzt als Dezernentin bei der Bezirksregierung Arnsberg



Berufsverbot für Helmut Magel

Referendariat, Ablehnung der Einstellung, Anhörungen, „Vorwurf“: Mitglied Sozialistische Hochschulgruppe; Jobs im Schulbuchverlag und Buchhandel, dann berufliche Umorientierung und Arbeit als selbstständiger Heilpraktiker



Berufsverbot für Jürgen Wernecke

Referendariat, Ablehnung der Einstellung, Anhörungen, 11 Prozesse, „Vorwurf“: DKP-Mitglied; 2 Jahre arbeitslos und Tätigkeit als Erzieher und Bademeister, 1979 erst Angestellter nach Gerichtsbeschluss, dann 1982 als Lehrer verbeamtet, erfolgreiche Berufstätigkeit an Gesamtschulen



Berufsverbot für Helga Krüger

Einstellung als Beamtin auf Probe, acht Anhörungen, nach 5 Jahren Entlassung trotz „tadelstfreier“ Tätigkeit, Vorwurf“: AStA-Vorsitzende, Mitglied DKP; Prozess verloren, Verbeamtung auf Lebenszeit nach 10 Jahren Auseinandersetzung, erfolgreiche Berufstätigkeit an Hauptschulen, Personalratsvorsitzende

Geschichte eines Berufsverbotes

Der „Fall“ Helga Krüger, geb. Jakobi

// Stellvertretend für die vielen, die persönlich betroffen waren von der politischen Verfolgung in der BRD, stellte Helga Krüger ihre Geschichte auf der Veranstaltung in der Citykirche vor. Diese wollen wir hier gekürzt wiedergeben, um auch jüngeren Kolleg*innen ein anschaulicheres Bild dieser Zeit zu vermitteln. Angesichts der Rechtsentwicklung in Deutschland halten wir das durchaus für gerechtfertigt, denn wie schnell können sich Geschichte und Geschichte in ähnlicher Weise wiederholen. //

Im Januar 1950 geboren wurde ich Mitte der 1960er Jahre erwachsen. Notstandsgesetze, Vietnamkrieg, atomare Aufrüstung, Erstarken der NDP – das waren für mich die Themen, dort habe ich mich engagiert und mitdemonstriert.

Was war der Hintergrund dieser Zeit?

„Wer als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im Bundesdienst an Organisationen oder Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Staatsordnung teilnimmt, sich für sie betätigt oder sie sonst unterstützt, (...) macht sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig.“ So lautete jedenfalls der sogenannte Adenauererlass vom 19. September 1950. Er zählte 13 linke Organisationen auf, deren Unterstützung als unvereinbar mit den Dienstpflichten erklärt wurde. Tausende wurden daraufhin entlassen. Tausende Nazi-Anhänger fassten zur gleichen Zeit Fuß, Nazigrößen tauchten in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens auf, sogar in der Regierung.

Bereits 1949 begannen Planungen zur Wiederbewaffnung Deutschlands, vier (!) Jahre nach Kriegsende. Dagegen entstand eine massive Bewegung in Form einer Volksbefragung. Pastor Martin Niemöller, selbst im KZ gewesen, war einer der Initiatoren. Doch schnell wurde diese Massenbewegung als kommunistisch gesteuerte Aktion beschimpft. Im April 1951 wurde die Durchführung der Volksbefragung verboten, trotzdem konnten fast 6 Millionen Unterschriften gegen die Wiederbewaffnung gesammelt werden. 1952 stellte die Regierung den Antrag auf ein Verbot der KPD, 1956 war es dann soweit. Staatlich verordneter Antikommunismus in der Bundesrepublik Deutschland also – von Beginn an – eine Blaupause für den „Radikalenerlass“.

Warum 1972 diese erneute Verschärfung gegenüber linken Bewegungen?

Nun: Sie hatten mehr Einfluss und Öffentlichkeit gewonnen, die Studentenbewegung hatte viele Themen zur Sprache gebracht, die vorher tabu waren. Die außerparlamentarische Opposition erstarkte nach Bildung der Großen Koalition. Und die neue Ostpolitik brachte zusätzliche Dimensionen. Man redete plötzlich mit Kommunisten, allerdings nur im Ausland. Die DKP – die hatte sich neu gegründet, weil eine Wiedezulassung der verbotenen KPD aussichtslos war – durfte seit 1968 an Wahlen teilnehmen und gewann sogar bescheidene Kommunalitze.

Offensichtlich wollte man mit dem Radikalenerlass vor allem die Linken im Inneren klein halten. Alte Nazis und NDP-Mitglieder waren jedenfalls nicht im Visier von Staat und Verfassungsschutz.

Wie lief das Berufsverbotsverfahren ab?

Am 1.8.1973 wurde ich als Beamtin auf Probe auf die Verfassung verteidigt. Die Hauptschule Vohwinkel-Nord, in Wuppertal als Hauptschule Tesche bekannt, war meine erste Schule.

Bereits zwei Monate später bekam ich überraschend einen Brief des Regierungspräsidenten mit der Vorladung zu einer dienstlichen Anhörung. Da hatte mich der „Radikalenerlass“ persönlich erwischt, Glück im Unglück, ich war eingestellt worden – durchgerutscht –, hatte also nicht das Schicksal wie Jürgen Wernecke, Christiane Bainski und Helmut Magel, die quasi am Einstellungstag ohne Stelle nach Hause geschickt wurden.

Doch der erste Regierungsrat, der mich verhörte hatte Rückgrat: Er schrieb in den Aktenvermerk:

„Zu disziplinarischen Maßnahmen besteht keine Veranlassung. Frau Jakobi hat am 2.6.1972 und am 1.8.1973 den Diensteid auf Verfassung und Gesetz geleistet. Am 31.7.1973 hat sie die Grundsätze der freiheitlich-demokratische Grundordnung bejaht und ihre Bereitschaft erklärt, für diese Grundsätze einzutreten.“

Auch an einer Mitgliedschaft in der DKP als einer nach Verhandlungen mit dem Bundesinnenminister ausdrücklich zugelassenen Partei, die sich seither mehrfach an Wahlen beteiligt hat, kann in beamtenrechtlicher Hinsicht kein Vorwurf gemacht werden. Parteipolitisches Engagement steht jedem Beamten frei, das Mäßigungsgebot hat sie nach Vortrag des Innenministers nicht verletzt. Auch sonst hat Frau Jakobi weder in ihrem inner- noch außerdienstlichen Verhalten Anstoß erregt. Es ist somit nichts zu veranlassen.“

Recht hatte er. Er ließ sich nicht beirren von den Neuinterpretationen, wann man als Verfassungsfeind anzusehen sei.

Bemerkenswert dieser Regierungsbeamte. Ich habe ihn nicht mehr getroffen danach in meinen sieben weiteren Verhören von 1975 bis 1977 - teilweise im Monatsrhythmus - eine davon sogar in der Mutterschutzzeit. Man legte mir immer neue „Erkenntnisse“ des Verfassungsschutzes vor - so nannte man das damals.

Sie betrafen hauptsächlich Aktivitäten im Zusammenhang mit der DKP, gingen teilweise aber so ins Detail, dass nur eingeschleuste, bezahlte Spitzel sie geliefert haben konnten und reichten zurück in das Jahr 1968, da war ich 18.

Wie verhielt sich die Gewerkschaft?

Diese massive Gesinnungsschnüffelei und Bespitzelung, die der Radikalerlass in der Folge verursachte, richtete sich gegen jede Zivilcourage und machte in der Folge leider auch vor den Gewerkschaften nicht Halt, dazu hat unsere GEW-Landesvorsitzende ja deutliche Worte gefunden. Auch in Wuppertal gab es große Auseinandersetzungen innerhalb der GEW. Der damalige Vorsitzende Otto Roche hatte sogar versucht, Christiane Bainski aus der GEW ausschließen zu lassen. Die Mitgliederversammlung verhinderte das. Zum Zeitpunkt meiner Entlassung allerdings war in der GEW Wuppertal Unterstützung für die Betroffenen selbstverständlich.

Für mich und meine Familie war es eine sehr belastende Zeit mit existentieller Sorge. Würde es soweit kommen, dass ich meinen Beruf verliere? Ich war Hauptverdienerin meiner jungen Familie, wir hatten eine kleine Tochter. Konnte ich den Druck ertragen?

Am 18. Mai 1978 erhielt ich dann das Entlassungsschreiben des Regierungspräsidenten. Dort stand: Sie haben sich zwar innerdienstlich tadelsfrei verhalten, da Sie sich aber außerdienstlich für die DKP eingesetzt haben, konnten letzte Zweifel an der Verfassungstreue nicht ausgeräumt werden.

Solidarität

Die Schulgemeinde der Hauptschule Tesche war empört. Schülerinnen und Schüler, Eltern, Kolleginnen und Kollegen schrieben entrüstet an den Regierungspräsidenten und setzten sich für die Rücknahme der Entlassung ein.

Tausende Wuppertaler*innen unterschrieben Protesterklärungen. Ich hatte die Unterstützung des Wuppertaler DGB und der GEW, Jungdemokraten und Jungsozialisten protestierten. Die „Wuppertaler Initiative gegen die Berufsverbote“ organisierte unglaublich viel Protest.



Aus Frankreich, England und den Niederlanden erreichten den Regierungspräsidenten zahlreiche Protestbriefe und mehr als 1000 Protestunterschriften. In europäischen Ländern gab es ein neues Fremdwort: Le Berufsverbot hieß es in Frankreich, the Berufsverbot in England. Die örtliche NRZ berichtete breit über diese Entlassung.

Natürlich ging ich rechtlich dagegen vor. Da ich bereits Beamtin auf Probe war, konnte ich während der rechtlichen Auseinandersetzung weiter Lehrerin an meiner Hauptschule sein. Erst am 11.6.1980 kam es zur Verhandlung beim Verwaltungsgericht in Düsseldorf. Meine damalige 10. Klasse hat es sich nicht nehmen lassen – trotz Verbot durch den Schulrat – geschlossen an dieser Verhandlung teilzunehmen. Es war ihr letzter Schultag vor der Schulentlassung und sie hat an diesem Tag viele praktische Erfahrungen zu politischer Bildung gesammelt. Sie hörten, wie der Richter sagte: „Dass Sie eine qualifizierte Lehrerin sind, das wissen wir, dass Sie auch außerhalb Ihres Dienstes nicht gegen die Verfassung gearbeitet haben, das wissen wir auch, aber Sie sind Mitglied der DKP“ Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen... Das Gericht bestätigte die Entlassung. Ich legte Berufung ein.

Die Wende

Erst Ende 1980 besann sich die SPD-Alleinregierung unter Johannes Rau und läutete eine Wende ein. Der nationale und internationale Druck war wohl doch zu groß geworden. Nach erneuter Anhörung wurde grünes Licht für die Verbeamtung signalisiert.

Beschämend, dass dann die Personalräte – der VBE hatte dort die Mehrheit - die Verbeamtung auf Lebenszeit verweigerten, was insgesamt weitere zwei (!) Jahre Verzögerung brachte. Die Personalräte hatten im Übrigen auch der Entlassung im Jahr 1978 zugestimmt, damals sogar der GEW-geführte örtliche Personalrat in Wuppertal.

Es bedurfte deshalb eines Kabinettsbeschlusses der Landesregierung, um meine Verbeamtung auf Lebenszeit am 28.7.1983 endlich zu realisieren – 10 Jahre nach meiner Verbeamtung auf Probe.

Jürgen Wernecke hat als Fazit treffend formuliert: „Die Bundesrepublik war und ist – anders als sie sich gerne darstellt – nicht nur ein Hort der Rechtsstaatlichkeit. Die Berufsverbote zeigen, dass es auch in der Bundesrepublik Deutschland staatliches Unrecht gab, wie es der Europäische Gerichtshof festgestellt hat. Mir ist es wichtig, dass der NRW-Landtag sich öffentlich dazu bekennt, dass die Berufsverbotspolitik staatliches Unrecht gewesen ist, das eine Wiedergutmachung, wie anderes staatliches Unrecht auch, erfordert“.

Zu Besuch bei Else

GEW-Senior*innen im Von der Heydt-Museum

// Mit hoher Kompetenz und umfangreichem Wissen wurden wir durch die Ausstellung zum künstlerischen Schaffen von Else Lasker-Schüler begleitet und erfuhren viel über das Leben und die Werke der vielseitigen Künstlerin, die 1869 in Elberfeld geboren wurde und 1945 in Jerusalem starb. //

1894 verließ sie Elberfeld, um nach Berlin zu gehen, kehrte jedoch nicht mehr in ihre Heimat zurück. Ihre weiteren Stationen waren dann Zürich/Schweiz und später Palästina.

In ihrer Zeit galt sie, die in erster Ehe mit dem Arzt Bernhard Lasker und in zweiter Ehe mit Herwarth Walden verheiratet war, als sehr besonders. Sie nahm Zeichenunterricht, lehnte das klassische Rollenbild von Mann und Frau ab und stürzte sich in die Avantgarde. In ihren Bildern taucht immer wieder die Figur Yussuf, Prinz von Theben, auf. Diese Figur verwandelt sie im Laufe ihres künstlerischen Tuns ständig, wie auch sie ihr Leben immer wieder verändert.

1901 erscheint der erste Gedichtband, der zunächst wenig respektvoll als „Weiberlyrik“ abgetan wird.

Wir durften mit den Führungen Einblick nehmen in das Leben und Schaffen einer Frau, Jüdin und Künstlerin, die konsequent zu sich und ihrer Kunst stand. Besonders leidvoll musste Else Lasker-Schüler die Auswirkungen des Naziregimes spüren. 1938 wurde ihr die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen und in die Schweiz durfte sie nach einem Besuch in Palästina auch nicht mehr zurückkehren, weil diese ihr das Rückreisevisum verweigerte.

Manch einer hat danach sicher noch über die Führung nachgedacht. Else Lasker-Schüler bleibt geheimnisvoll. Vielleicht wollte sie das auch sein.

Das gemeinsame Essen nach dem Museumsbesuch rundete das schöne Treffen mit Kultur und Geselligkeit ab. Wir hoffen, dass es allen Teilnehmer*innen auch Freude bereitet hat. Schade, dass nicht alle 60 Kolleg*innen, die sich angemeldet hatten, teilnehmen konnten, so viele parallele Führungen konnte das Museum nicht stemmen...

Birgit und Inge



Die GEW Wuppertal gratuliert

Besondere Geburtstage von Januar bis März 2020

Unsere Jüngste

22 Jahre

Nele Götz

30 Jahre

Lisa Hühne
Felix Krupp
Lisa Pembaur
Corinna Seidel

40 Jahre

Stefanie Frisch
Stefanie Hoffmann
Matthias König
Anja Laubner
Stephan Leung
Rebekka Mindt-Schwarz

50 Jahre

Katja Ackermann
Kathrin Arera
Birgit Gößmann
Anastasia Hebecker
Barbara Maas-Gilak
Bernd Stratmann
Günther Wolfswinkler
Sandra Zaremba

60 Jahre

Claudia Kohlenberg
Brigitte Pacholik
Martin Pöllath
Beate Steinbacher
Berit Weimann

70 Jahre

Renate Bischoff
Dorothee Erhard
Ingrid Fagner
Gisbert Friege
Rainer Hammer
Dr. Christine Hohmann
Roland-Paul Hoja
Walter Kolbe
Helga Krüger
Senguel Mermertas
Ingrid Mix-Koep
Gabriele Viseneber
Beate Voye







Ein toller
Jahresausklang
der GEW Wuppertal.

Nochmals ein
Dankeschön
an unsere Jubilar*innen
in der GEW.





Beihilfe: Fallstricke und Vorteile

Wenn das Kind z.B. 25 Jahre alt wird ...

// Wenn Kinder aus der Beihilfeberechtigung herausfallen, muss man gut aufpassen. Das kann z.B. der Fall sein, wenn das Kind 25 Jahre alt wird und kein Kindergeldanspruch mehr besteht. Alle Beamt*innen mit zwei oder mehr Kindern müssen dann aufmerksam sein! //

In dem Monat, in dem nur noch ein Kind berücksichtigt wird, fällt der eigene Beihilfebemessungssatz wieder von 70% auf 50%.

Es besteht dann die große Gefahr, eine wichtige Frist verpassen: Die Private Krankenversicherung muss dann ja wieder von 30% auf 50% angehoben werden, damit keine Lücke entsteht. Für eine Anhebung ohne erneute Risikoprüfung oder Wartezeiten gilt aber nach § 199,2 Versicherungsvertragsgesetz eine Ausschlussfrist von 6 Monaten ab Verlust des erhöhten Bemessungssatzes.

Gerade für Kolleg*innen mit Vorerkrankungen kann dies schnell eine finanzielle Katastrophe bedeuten.

Kostendämpfungspauschale: Hier kann man vielleicht sparen

Die sogenannte „Kostendämpfungspauschale“ wird jährlich fällig und schmälert den Erstattungsbetrag schmerzlich. Deshalb hier unser Tipp, wie man diese Abgabe in bestimmten Lebenssituationen verringern kann.

Die Kostendämpfungspauschale errechnet sich nach den persönlichen Verhältnissen zum Zeitpunkt der **ersten** Antragstellung im Kalenderjahr.

Bei Teilzeitbeschäftigung wird die Kostendämpfungspauschale nur anteilig fällig, nach Pensionierung verringert sie sich, bei Beurlaubungen fällt sie gar nicht an und für jedes beihilfeberechtigte Kind werden 60€ abgezogen.

Es kann sich also durchaus lohnen, mit dem ersten Beihilfeantrag im Jahr zu warten, z. B. bei bevorstehender Beurlaubung, Teilzeit und Pensionierung oder Geburt eines Kindes, um in den Genuss der Reduzierung der Pauschale zu kommen. Die Beihilfe muss spätestens 24 Monate nach Ausstellung der Rechnung beantragt werden.

Tipp I für die Elternzeit

So kann man vielleicht das Elterngeld erhöhen

// Erwarten zwei Verheiratete ein Kind, können sie mit einem -völlig legalen -Steuerklassenwechsel ihr Elterngeld erhöhen. //

Maßgeblich für die Höhe des Elterngeldes ist immer das Nettogehalt der letzten zwölf Monate vor der Geburt. Daher kann es sich rechnen, wenn der Partner, der das Elterngeld bezieht, in die günstigere Steuerklasse III wechselt. Dadurch erhöht sich das Netto-Einkommen und damit später auch das Elterngeld.

Der Wechsel empfiehlt sich selbst dann, wenn der betreffende Partner eigentlich ein niedrigeres Einkommen hat als der andere. Zwar verfügt das Paar vor der Geburt des Kindes über weniger Geld – der Grund: Der besserverdienende Partner hat mit Steuerklasse V höhere Abzüge. Das bekommt das Paar aber über die Steuererklärung zurück.

Nicht unbedingt sinnvoll ist der Wechsel, wenn Elterngeldbezieher bereits den Höchstbetrag von 1.800 Euro erhalten. Ein durch den Steuerklassenwechsel erhöhtes Netto hätte in diesem Fall keinen Effekt. Ermitteln lässt sich die Höhe des Elterngeldes zum Beispiel online mit dem Elterngeldrechner unter familienportal.de

So geht man beim Steuerklassenwechsel vor

Derjenige, der die Steuerklasse wechselt, muss ein Antragsformular ausfüllen und beim Finanzamt abgeben. Das Formular ist im Internet abrufbar. Der Wechsel sollte so früh wie möglich beantragt werden. Wählt die Frau die Steuerklasse III, sollte der Antrag gleich zu Beginn der Schwangerschaft gestellt werden, denn die günstigere Steuerklasse muss mindestens sechs Monate gelten, damit der Fiskus sie anerkennt. Einen Monat müssen Paare hinzurechnen, da die neue Steuerklasse generell erst im Monat nach dem Antrag gilt.

Helga Krüger

Tipp II für die Elternzeit

... wenn Väter pendeln müssen

// Klassisch nimmt die Mutter Elternzeit und Elterngeld in Anspruch. Ihre wohnortnahe Versetzung ist nach der Elternzeit in der Regel kein Problem. Doch was ist, wenn der Vater pendeln muss und sich deshalb viel zu wenig in die Familienaufgaben einbringen kann? //

Da kommt ein Modell in Frage, das nach im letzten Jahr veränderten Versetzungsbedingungenmöglich, allerdings auch mit- überschaubaren – vorübergehenden Gehaltseinbußen verbunden ist.

Unser Mustervater löst das Pendelproblem so:

Wer nach acht Monaten aus einer Beurlaubung zurückkehrt, hat einen Anspruch auf wohnortnahe Versetzung (Versetzungserlass). Unser junger Vater beantragt acht Monate Elternzeit, davon zwei Monate mit Elterngeldbezug (Partnermonate, geht nur innerhalb der ersten 14 Lebensmonate des Kindes!) und sechs Monate mit Teilzeit in Elternzeit mit der zulässigen höchsten Stundenzahl (18-20,5 je nach Schulform). Die Teilzeit in Elternzeit leistet er in seiner aktuellen Schule. Er stellt fristgerecht einen Rückkehr- und Versetzungsantrag, den er natürlich schlüssig begründet (Kinderbetreuung am Wohnort, Fahrzeiten). Vorsichtshalber schickt er seinen Antrag dem Personalrat zu mit der Bitte um Unterstützung.

Wohnortnahe Versetzung und die 35-Kilometer-Regel

Immer häufiger kommt es vor, dass Schulbehörden eine Versetzung nach Beurlaubung ablehnen, wenn die Entfernung zum Dienstort weniger als 35 km beträgt. Diese Verwaltungspraxis hat sich zwar eingebürgert, dadurch wird sie aber nicht rechtmäßig. Denn Behörden sind gehalten, jeden Einzelfall zu prüfen und „schwerwiegende persönliche Gründe zu werten.“ (Zitat Versetzungserlass)

So muss z.B. gewertet werden, ob der Anfahrtsweg über wenig befahrene Landstraßen erfolgt oder über staugefährdete Autobahnen. Auch das Alter von Kindern muss gewürdigt werden, so z.B. wenn Kleinkinder erst zu - womöglich noch unterschiedlichen - Betreuungsorten gebracht werden müssen, oder ob 12-jährige Kinder betreut werden, die den Weg zur Schule allein bewältigen.

Sollte der Versetzungsantrag pauschal wegen der 35-km-Regel abgelehnt werden, raten wir, den GEW-Rechtsschutz einzuschalten.
Helga Krüger

Ausblicke auf Interessantes

Baustelle Inklusion

Dienstag | 10.03.2020 | 17.00 - 20.00 Uhr

Förderzentrum West, Goethestr. 34, 40822 Mettmann

Referent*innen: Birgit Dinnessen-Speh, Susanne Boland, HPR FÖ

Anmeldung: gew.wuppertal@t-online.de

Anmeldeschluss: 07.03.2020 | Kosten: keine

Soziales Lernen mit dem Forumtheater

Mittwoch | 11.03.2020 | 16.30 - 18.00 Uhr

Alte Feuerwache, Gathe 6, 42107 Wuppertal

Referent: Ulrich Jacobs

Anmeldung: gew.wuppertal@t-online.de

Anmeldeschluss: 05.03.2020 | Kosten: GEW 0 € | Nicht-GEW 10 €

Förderung der basalen Lernkompetenz

Dienstag | 24.03.2020 | 14.30 - 17.00 Uhr

Alte Feuerwache, Gathe 6, 42107 Wuppertal

Referentin: Manuela Schneider

Anmeldung: gew.wuppertal@t-online.de

Anmeldeschluss: 19.03.2020 | Kosten: GEW 0 € | Nicht-GEW 10 €

COPSOQ - die Schulberichte liegen vor. Und jetzt?

Mittwoch | 25.03.2020 | 16.00 - 19.00 Uhr

Förderzentrum Mitte, Lortzingstr. 1, 40724 Hilden

Referent*innen: Harda Zerweck und Uwe Schledorn

Anmeldung: gew.wuppertal@t-online.de

Anmeldeschluss: 19.03.2020 | Kosten: keine

Teilzeit und Mehrarbeit

Mittwoch | 29.04.2020 | 15.00 - 17.30 Uhr

Grundschule Kuhstraße, Kuhstraße 46, 42555 Velbert

Referent: Manfred Dieckenbrock

Anmeldung: gew.wuppertal@t-online.de

Anmeldeschluss: 27.04.2020 | Kosten: keine

Gewalt gegen Lehrkräfte

Mittwoch | 29.04.2020 | 17.00 - 19.00 Uhr

Förderzentrum Mitte, Lortzingstr. 1, 40724 Hilden

Referent*innen: Mitglieder der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe

Anmeldung: gew.wuppertal@t-online.de

Anmeldeschluss: 20.04.2020 | Kosten: keine

Wege in die Rente für Angestellte

Dienstag | 05.05.2020 | 16.00 - 18.00 Uhr

Alte Feuerwache, Gathe 6, 42107 Wuppertal

Referent: Jürgen Gottmann

Anmeldung: gew.wuppertal@t-online.de

Anmeldeschluss: 30.04.2020 | Kosten: GEW 0 € | Nicht-GEW 10 €

Gewalt gegen Lehrkräfte

Mittwoch | 06.05.2020 | 17.00 - 19.00 Uhr

Schule am Thekbusch, Am Thekbusch 2a, 42549 Velbert

Referent*innen: Mitglieder der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe

Anmeldung: gew.wuppertal@t-online.de

Anmeldeschluss: 04.05.2020 | Kosten: keine

Informationen für befristet Beschäftigte

Mittwoch | 13.05.2020 | 16.00 - 17.30 Uhr

GEWerkchaftsladen, Paradedstr. 21, 42107 Wuppertal

Referent*innen: Helga Krüger und Ulrich Jacobs

Anmeldung: gew.wuppertal@t-online.de

Anmeldeschluss: 11.05.2020 | Kosten: keine

Regeln und Konsequenzen

Montag | 18.05.2020 | 15.00 - 17.30 Uhr

GuT, Grünwalder Str. 29-31, 42657 Solingen

Referent: Dr. Jens Bartnitzky

Anmeldung: gew.wuppertal@t-online.de

Anmeldeschluss: 11.05.2020 | Kosten: GEW 0 € | Nicht-GEW 10 €



GEW Solingen lädt herzlich ein:

Jahreshauptversammlung

Mittwoch, 18.3.2020 um 18 Uhr

Walder Kotten, Locherstr. 17, 42719 Solingen

1. Thema:

Uns stinkt's

Eine Aktion der GEW Solingen zur Schulreinigung



Zeit für eure Beiträge, Nachfragen und Diskussion

2. Wahl einer Versammlungsleitung
3. Tätigkeitsbericht des Leitungsteams, Entlastung des Vorstandes
4. Kassenbericht, Bericht Kassenprüfer, Entlastung des Kassierers
5. Wahl des Vorstands: Leitungsteam - Kassierer*in -
Schriftführer*in - Referent*in für Rechtsfragen - Referent*in für
Öffentlichkeitsarbeit - Referent*in für DGB-Fragen
6. Nachwahl eines Kassenprüfers/einer Kassenprüferin
7. Verschiedenes

Anschließend nehmen wir uns Zeit zum Austausch und gemütlichen Beisammensein. Zur Stärkung und Förderung der Geselligkeit stehen wie immer Getränke und ein kleiner Imbiss bereit.

Was ist zu tun?

Fehlende Schulplätze in der Sekundarstufe I

// Solingen wird laut Schulentwicklungsplan in den kommenden Jahren bis 2024 steigende Schülerzahlen haben, welche nicht durch die bisher bestehenden Klassen der Sekundarstufe I aufgefangen werden können. Es müssen mehrere Züge geschaffen werden. //

Dies stellt die Stadt Solingen und die bestehenden Schulen vor große Herausforderungen. Hierbei gilt festzuhalten, dass die Plätze nicht an den Gymnasien, sondern an den Realschulen und den Schulen des längeren gemeinsamen Lernens fehlen.

Leider ist der Großteil der bestehenden Schulen räumlich vollständig ausgelastet und deren Zügigkeit kann nicht ohne weiteres erhöht werden. Dennoch wünscht sich der Sprecherrat der Solinger Schulleiter*innen in seiner Stellungnahme eine Erhöhung der Zügigkeit an bestehenden Schulen, unter der Bedingung, dass keine Schule dauerhaft mehr als sechs Züge bilden sollte. Ebenso sollten „pädagogische Konzepte bei den notwendigen Planungsschritten beachtet werden“. Nina Meier vom Leitungsteam der GEW Solingen unterstützt diese Forderung ausdrücklich.

Dependancen unbedingt vermeiden

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist darüber hinaus die Gründung von Dependancen an bestehenden Schulen keine Lösung! Dependancen bedeuten für Schulen einen enormen organisatorischen Mehraufwand. Lehrerkollegien werden auseinandergerissen, Arbeitszeiten steigen durch Fahrten zwischen den Gebäuden und auch das Wir-Gefühl einer Schülerschaft wird deutlich geschwächt. Es sollte vielmehr geprüft werden, inwiefern an bestehenden Schulen durch Anbauten weitere Züge geschaffen werden können. Alternativ muss über die Gründung einer weiteren Schule des längeren gemeinsamen Lernens nachgedacht werden.

In den Jahren bis 2024 werden in jedem Schuljahr circa zwei Züge fehlen. Der Sprecherrat schlägt vor pro Schuljahr „jeweils an zwei Einzelschulen (Schulen des gemeinsamen Lernens, Realschule) eine Überhangklasse“ in Klasse 7 zu bilden. Nina Meier fordert hier Planungssicherheit für die Schulen. Die Entscheidung, welche Schulen zu welchem Zeitpunkt einen weiteren Zug schaffen sollen, muss schnellstmöglich getroffen werden, damit langfristig das Raumverteilungskonzept der Schule geplant werden kann.

Schulentwicklungsplan Solingen

GEW: Fachliche Kompetenzen der Schulen nutzen

// Die GEW Solingen begrüßt die Vorlage des Schulentwicklungsplans. Das lange Warten hat sich gelohnt. Es werden nicht nur perspektivisch Entwicklungen aufgezeigt, sondern auch sinnvolle und dauerhafte Lösungen vorgeschlagen. Bauliche Mängel und Probleme aller Solinger Schulformen werden damit ernsthaft in Angriff genommen. //

Die Höhe der geplanten Ausgaben zeigt, wie lange Verwaltung und Rat der Stadt notwendige Investitionen unterlassen haben. Diese Dimension ist nur notwendig, weil in den letzten Jahrzehnten keine ausreichenden Beträge geflossen sind. Von daher sollten sich die Parteien von der Höhe der Investitionen nicht abschrecken lassen. Das ist kein Luxus. Auch danach werden eine ganze Reihe von Schulen (hauptsächlich Grundschulen) in Gebäuden aus der Kaiserzeit und davor untergebracht sein. „Spitzenreiter“ ist in dieser Hinsicht der 1830 errichtete Altbau der Grundschule Gerber Straße.

Beschäftigte mit einbeziehen in die Planung

Damit jeder Euro auch gut investiert ist, sollten die fachlichen Kompetenzen in den Schulen selber genutzt werden. Private wie öffentliche Arbeitgeber haben sehr gute Erfahrungen gemacht, wenn sie bei Neubauten ihre Beschäftigten in die Planung mit einbezogen haben. In den Solinger Schulneubauten gibt es eine Reihe von Beispielen, wie Geld verschwendet wurde, weil die Bedürfnisse vor Ort im Vorfeld nicht ausreichend geklärt wurden. Die GEW Solingen schlägt eine schulformübergreifende Arbeitsgruppe aus Schulleitungen, Lehrkräften und OGS-Mitarbeiter*innen vor, die frühzeitig in die Planungen einbezogen wird.

Max-Leven-Zentrum Solingen

Bildungs- und Gedenkstätte

// Förderung der Erinnerungskultur ist Tradition in der GEW. Das sind u. a. die Pflege des jüdischen Friedhofs durch GEW-Mitglieder, Beteiligung an der Aktion „Stolpersteine“, Veranstaltungen mit Zeitzeugen, Anregung zur Namensgebung der (Alexander-) Coppel-Gesamtschule, zuletzt der Beschluss der Jahreshauptversammlung, sich für die Bildungs- und Gedenkstätte Max-Leven-Zentrum Solingen als GEW zu engagieren. //

In NRW gibt es 28 NS-Gedenkstätten mit ganz unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten und Ausrichtungen. Besonderheiten der lokalen Geschichte, die Möglichkeit, an authentischen Orten zu arbeiten und verschiedene Trägerschaftsmodelle prägen diese Einrichtungen. Gemein ist allen Gedenkstätten ein stetig wachsendes öffentliches Interesse an der NS-Geschichte in der eigenen Nachbarschaft.

Einen wichtigen Ort der lokalen NS-Geschichte stellt in Solingen das Gebäude-Ensemble Am Neumarkt 23 / Max-Leven-Gasse 3-5 dar. Dort befanden sich die Redaktion der „Bergischen Arbeiterstimme“, die Genossenschaftsdruckerei und die Wohnung des jüdischen Kulturredakteurs und Kommunisten Max Leven, der in der Pogromnacht vor den Augen seiner Frau erschossen wurde. An der Stelle dieser Gebäude wird die Stadt-Sparkasse Solingen einen Neubau errichten, in dem die Bildungs- und Gedenkstätte Max-Leven-Zentrum Solingen Platz finden wird – in Trägerschaft der Stadt Solingen. Die Fertigstellung des Neubaus wird für 2023 erwartet.

Das Engagement für diesen wesentlichen Bildungs-Baustein hat der Verein „Bildungs- und Gedenkstätte Max-Leven-Zentrum Solingen“ gebündelt, der nach intensiver Vorbereitung am 18. September 2019 gegründet wurde. Dieser soll die Stadt Solingen als zukünftige Trägerin der Bildungs- und Gedenkstätte bei der Entwicklung und als Kooperationspartner unterstützen. Die Konzeptentwicklung wird von Experten begleitet, die Einbindung von Interessierten bzw. der Solinger Schulen wird berücksichtigt. Der Name Max Leven wurde vom Verein bewusst in die Bezeichnung der Bildungs- und Gedenkstätte aufgenommen, da sie nicht nur am Tatort der Ermordung des Kommunisten jüdischer Herkunft entstehen wird, sondern seine Geschichte für verschiedene Aspekte von Verfolgung und Widerstand als besonders fatales Beispiel steht: Im Fall Max Leven ist auch die Seite der

Täter gut dokumentiert und aufgearbeitet, was für das Verständnis der Wirkungsweise des NS-Regimes wichtig ist.

Die GEW Solingen möchte die Planungen unterstützen. Birgit und Michael Seiffert haben dafür die Verantwortung übernommen und auch Kontakt zu Solinger Schulen aufgenommen, die bereits in der Erinnerungskultur engagiert sind oder deren Interesse geweckt werden kann. Fragen, die mit dem Ziel einer Netzwerkbildung geklärt werden sollen, sind u.a.:

Welche Schulen bzw. Lehrkräfte haben Interesse, ihre Wünsche und Kompetenzen in die Konzeptplanung einzubringen? Welche der vielfältigen Aktivitäten an Solinger Schulen könnten eingebracht werden? Wie lässt sich eine enge Kooperation des Max-Leven-Zentrums und der Solinger Schulen (S I/S II) dauerhaft gestalten?

Wir werden uns dann um weitere Informationen, Organisatorisches, Diskussionsrunden und evtl. Fortbildungen in Kooperation mit dem Verein und dem Stadtarchiv Solingen kümmern.

Folgende Mitwirkungsmöglichkeit ergibt sich schon ab Mai 2020:

Im Zentrum für verfolgte Künste (Kunstmuseum Solingen) wird vom 7. Mai bis 13. September 2020 eine Ausstellung zu „Solingen im Nationalsozialismus“ stattfinden, in der unter anderem ein Raum über den Solinger Maler und Widerstandskämpfer Ernst Walsken informiert. Schüler*innen des Gymnasiums Vogelsang steuern hierzu einen selbstgedrehten Film über das ehemalige KZ Esterwegen bei, in dem Walsken interniert war.

Geplant ist, dass Schulführungen durch die Ausstellung auch von Schüler-Guides erfolgen. Die Unterstützung aller Schulen ist ausdrücklich erwünscht. Eine Schulung der Guides würde voraussichtlich in der ersten Mai-Woche in einem Tages-Seminar stattfinden, die meisten Führungen wären wahrscheinlich in der Zeit vor den Sommerferien. Die Schüler*innen müssten für diese Zeit vom Unterricht freigestellt werden. Nähere Informationen, auch zu Erfahrungen mit Schüler-Guides, folgen in einer angedachten Veranstaltung mit der Gedenk- und Bildungsstätte „Pferdestall“ in Remscheid.

Wir wollen mit dafür eintreten, dass das Max-Leven-Zentrum Solingen eine lebendige generationenübergreifende Bildungs- und Gedenkstätte der Solinger Bevölkerung und der Solinger Schulen wird – so wie es in der Satzung des Vereins „Bildungs- und Gedenkstätte Max-Leven-Zentrum Solingen“ verankert ist.

Michael und Birgit Seiffert

Wichtige Webadressen für Interessierte:

max-leven-zentrum.de - [wikipedia.org/wiki/Ernst_Walsken](https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Walsken)

Sonderzug JA 13

Solinger mit Humor und Engagement dabei

// Am 26. November hatte die GEW zum Sonderzug A13/EG13 nach Düsseldorf vor den Landtag geladen. Eine kleine, aber feine Truppe von Solinger GEW Kolleg*innen kam dazu und hatte eine Menge Spaß – nicht nur wegen des unten stehenden Liedes. Beim nächsten Mal sind wir wieder dabei. //



Entschuldigen Sie, ist das der Sonderzug JA 13?

Wir hab'n das Warten hier satt, auf geht's zur Landeshauptstadt!

Wir woll'n da was klär'n mit dem Ministerpräsidenten,
denn mit Versprechen ging's fix, doch danach hört man dann nix.

Refrain:

Der gesamte Norden hat die Weichen gestellt,
nur in NRW hat man dafür kein Geld.

Selbst das klamme Bremen und sogar die Sachsen
erkennen das an und halten sich dran.

**All die ganzen Oberklassen dürfen einsteigen,
dürfen ihre 1. Klasse-Tickets vorzeigen,
nur die kleinen Lehrer, nur die kleinen Lehrer,
die dürfen das nicht und das verstehen wir nicht.**

**Entschuldigen Sie, ist das der Sonderzug JA 13?
Wir hab'n das Warten hier satt, auf geht's zur Landeshauptstadt!**

**Wir woll'n da was klär'n mit dem Ministerpräsidenten,
denn mit Versprechen ging's fix, doch danach hört man dann nix.
Ja, mit Versprechen ging's fix, doch ohne uns läuft hier nix!**

Musik: Harry Warren

Text: Peter Konopka unter Bezug auf Udo Lindenberg's „Sonderzug nach Pankow“

GEW-Glühtreff - Eine feine Sache

Im Dezember trafen wir uns in lustiger Runde auf dem Ohligser Weihnachtsdürpel. Im Rahmen der Teekisten-Aktion wurden alle Solinger Grundschullehrkräfte eingeladen, auf Kosten der GEW einen leckeren Glühwein zu trinken. Da der Regen pünktlich weiterzog, wurden aus einem Glühwein auch schnell zwei oder drei. Was natürlich auch an dem köstlichen Glühwein am Stand vom City Art Projekt lag, das mit dem Erlös den Verein „Tischlein deck dich e.V.“ unterstützten. Die nette Runde wurde zusätzlich von dem in Solingen bekannten Duo Jan & Jascha musikalisch unterhalten.

Wir freuen uns schon auf die nächste Glühweinsaison – vielleicht ja auch mit dir?!

Sonja Berges und Franziska Sadzik



Die GEW Solingen gratuliert

Besondere Geburtstage von Januar bis März 2020

Unsere Jüngste

28 Jahre

Kimberly Schäfer

30 Jahre

Niklas Ludwig Fischer

Sarah Geitebrügge

Markus Hoffmann

Mirjam Leydecker

Sabrina Oswald

Vanessa Packeisen

Vince Wiese

40 Jahre

Florian Dreßler

Christoph Höltke

Nina Meier

Selda Mercan

50 Jahre

Stefan Switala

Lutz Weinstein

Lars Westermann

60 Jahre

Monika Bremann

Christiane Gollert

Nanette Müller-Wendland

Marita Otto

Karl von Martial

70 Jahre

Friedhelm Hogrebe

Siegfried Kukla

Beate Schneider

Erika Voos

90 Jahre

Erika Wirths

In der Loosen Maschinn

GEW-Senior*innen besuchten „Unbekanntes Solingen“

// Für unser letztes Treffen im Jahr 2019 stand wieder ein Museumsbesuch auf dem Programm. //

Unser (Un)Ruheständler Peter Holtfreter präsentierte seine Ausstellung „Unbekanntes Solingen“ in der Loosen Maschinn. Sowohl ungewöhnliche und originelle Solinger Landschaften, als auch verblüffende Architekturszenarien konnten in der Treppenhause Galerie der Loosen Maschinn in der Börsenstraße 87 begutachtet und bewundert werden. Der besondere Fokus liegt auf dem, was oft übersehen wird.

Das Grundkonzept der Ausstellung beruht auf merkwürdigen und auf den ersten Blick unerklärlichen Dingen, die Peter Holtfreter in unserer Stadt aufgefallen sind. Wie beispielsweise eine Modellbahnanlage in einem Vorgarten, ungewöhnliche Perspektiven und Aspekte unserer typischen Fachwerkhäuser, erst auf den zweiten Blick erkennbare Kuriositäten... Die alte Dampfschleiferei bot als Veranstaltungsort für seine Ausstellung den perfekten Rahmen!

Zu dieser sehenswerten Ausstellung hatten wir eingeladen und 35 Kolleginnen und Kollegen folgten unserer Einladung - mit so vielen Kolleginnen und Kollegen hatten weder Peter noch wir gerechnet - einer Insider-Führung, in der die Geheimnisse der unbekannteren Orte gelüftet wurden. Anschließend trafen wir uns bei der „Christel von der Post“, in der alten Poststation in Widdert, jetzt eine Lokalität, die für private Feste etc. buchbar ist.

Wer konnte ahnen, dass dieser Besuch zum zweiten Museumsbesuch wurde! Bevor wir uns Kaffee, leckeren Kuchen, Erfahrungsaustausch und Plaudern widmen konnten, hatten wir die unendlich vielen Ausstellungsstücke bergischer Tradition zu bewundern ... wunderschön und irgendwie anrührend zugleich, in jedem Falle gut passend zu Peters Fotoausstellung! Wen wundert es, dass unser gemeinsamer Nachmittag ein recht langer Nachmittag wurde, den wir alle sehr genossen haben und so schnell nicht vergessen werden.

Michael und Birgit Seiffert



Vorstand und Service

Leitungsteam:

Ute Halein	ute.halein@gew-nrw.de
Nina Meier	nina.meier@gew-nrw.de
Sabine Riffi	sabine.riffi@gew-nrw.de
Dirk Bortmann	dirk.bortmann@gew-nrw.de

Kassierer:

Dirk Bortmann	dirk.bortmann@gew-nrw.de
---------------	--------------------------

Schriftführerin:

Andrea Schütt	andrea.schuett@gew-nrw.de
Julia Bemboom	j.bemboom@gmx.de

Referent für

Öffentlichkeitsarbeit:

Dirk Bortmann	dirk.bortmann@gew-nrw.de
---------------	--------------------------

Referentin für Bildung:

Nina Meier	nina.meier@gew-nrw.de
------------	-----------------------

Referent für Rechtsfragen:

Ute Halein	ute.halein@gew-nrw.de
------------	-----------------------

Ausschuss der Ruheständler*innen:

Birgit Seiffert	birgit.seiffert@gew-nrw.de
Michael Seiffert	michael.seiffert@gew-nrw.de

DGB-Kontakt:

Eckehard Vogt	eckehard.vogt@gmx.de
---------------	----------------------

Ruhegebhaltsberechnung:

Dirk Bortmann	dirk.bortmann@gew-nrw.de
---------------	--------------------------

Offene GEW-Sitzung:

Jeweils Mittwoch: 11.03., 22.04., 13.05. und 17.06.2020
um 17.15 Uhr | Ort wird noch bekanntgegeben



Impressum:

GEW-Stadtverband Solingen
c/o Paradedstr. 21, 42107 Wuppertal
Tel. 0202 - 44 02 61
solingen@gew-nrw.de

Solingen Letter Redaktion

Nina Meier
nina.meier@gew-nrw.de



Ehrung der GEW-Jubilare

Unterhaltsam, bildend, bewegend

// Es ist eine schöne Tradition der GEW im Kreis Mettmann, die GEW-Jubilare zu ehren. //

Der Einstieg war eine spannende Vorstellung im Stellarium Erkrath, bei dem eine virtuelle Reise durch die Raumstation ISS auf dem Programm stand und anschließend ein hochinteressanter Film über unsere Milchstraße und ihre Planeten.

Im Anschluss an dieses unterhaltsame und auch bildende Programm kam der feierliche Teil der Veranstaltung, bei dem die Jubilare mit Anstecknadeln, Urkunden und Blumen geehrt wurden.

Uwe Schledorn, Mitglied im Leitungsteam des Kreisverbandes Mettmann, fand humorvolle Worte zu jedem Eintrittsjahr der Jubilare. Nationale und internationale Ereignisse zogen so an uns vorüber. Aufschluss gaben uns auch einige interessante Anekdoten: „Was haben Helmut Kohl und Curt Cobain gemeinsam: Sie machten die Strickjacke wieder modern.“

Drei der Jubilare mit 50 GEW-Jahren, Siegfried Dahlke, Gisela Mau und Burkhard Schwegler, waren zur Ehrung angereist, Siegfried Dahlke sogar aus der Nähe von Würzburg eigens für diese Veranstaltung.

Es war traurig zu erfahren, dass unser Kollege Georg Wild, den wir für 70 Jahre GEW-Mitgliedschaft ehren wollten, kurz zuvor leider verstorben war

Der Tag klang aus mit dem gemeinsamen Essen und gemütlichen Plaudereien. Wir gratulieren allen Jubilaren noch einmal herzlich und freuen uns bereits auf die nächste Veranstaltung.



Leitungsteam

Hanne Steffin-Özlük

hanne.steffin@gesamtschulelevelbert.de

Knut Koslowski

knut.koslowski@t-online.de

Uwe Schledorn

uwe.schledorn@gew-nrw.de

Kassierer

Knut Koslowski

knut.koslowski@t-online.de

Für die Alt-Ortsverbände

Klaus Wansleben

früher OV Ratingen
gewwansleben@web.de

Birgit Dinnessen-Speh

früher OV HHME
birgit.dinnessen-speh@gew-nrw.de

Dorthe Mengel

früher OV Niederberg
dorthe.mengel@gew-nrw.de

Harald Sprave

früher OV Langenfeld/Monheim
haraldsprave@t-online.de

Ruhegehaltsfragen

Herbert Romund

Kontakt Ruhegehaltsfragen
herbert.romund@gew-nrw.de

Personalräte | Ansprechpartner*innen

Grundschule

Dorthe Mengel

dorthe.mengel@gew-nrw.de

Annette Müller

annette.mueller@gew-nrw.de

Mechthild Hesterkamp

mechthild.hesterkamp@gew-nrw.de

Felix Josfeld

felix.josfeld@gew-nrw.de

Förderschule

Birgit Dinnessen-Speh

birgit.dinnessen-speh@gew-nrw.de

Susanne Boland

susanne.boland@gew-nrw.de

Uwe Schledorn

uwe.schledorn@gew-nrw.de

Hauptschule

Ali Seamari

ali.seamari@gew-nrw.de

Realschule

Rainer Rieger

rainer_rieger@yahoo.de

Gesamtschule

Markus Pörner

markus.poerner@gew-nrw.de

Gymnasium

Ulrich Jacobs

ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Berufskolleg

Frederik Trapp

frederik.trapp@gew-nrw.de

Die GEW Mettmann gratuliert

Besondere Geburtstage von Januar bis März 2020

Unser Jüngster

27 Jahre

Nico Tilmes

40 Jahre

Samira Jaouadi-Schoden

Kristina Knepper

Stefanie Kohler

Iwona Pawlowska

Mark Schwidden

50 Jahre

Raouf Jouda

Michael Kafka

Marvin Krampe

Harald Sprave

Renate Weyer

60 Jahre

Beate Bender

Heike Bräutigam

Jutta Cebulla

Heike Ennerst

Kornelia Gäb

Bettina Gondorf

Petra Laube

Marion Offen

Marina Romanowski



FESTA DA LIBORÇA 10
14 MAIO / 15 JUNHO

**Örtlicher Personalrat
Grundschule Wuppertal**

Martina Haesen-Maluck
martina.haesen@gew-nrw.de
Tel. 0202/563 7367

Rainer Kriegel
rainer.kriegel@gew-nrw.de

Christine Schwedler
christine.schwedler@gew-nrw.de
Tel. 0202/7866473

Richard Voß
richard.voss@gew-nrw.de
Tel. 0202/2531681

Anna Oëx
anna.oex@gew-nrw.de
Tel. 0202/7993123

Andrea Oppermann
andrea.oppermann@gew-nrw.de

Hatun Cici
hatun.cici@gew-nrw.de
Tel. 0202/620132

Karen Weber
karen.weber@gew-nrw.de
Tel. 0202/573902

Nina Prins
nina.stein@gew-nrw.de

Personalrat bergische VHS
Barbara Simoleit
barbara.simoleit@bergische-vhs.de
Tel. 0202/5632251

**Personalräte bei der
Bezirksregierung Düsseldorf**

Hauptschule
Thorsten Klein
thorsten.klein@gew-nrw.de
Tel. 0202/557791

Förderschule
Conny Fahle
cornelia.fahle@gew-nrw.de
Tel. 0202/4598488

Realschule
Christian Neumann
christian.neumann@gew-nrw.de
Tel- 0202/708925

Gesamtschule
Tino Orlishausen
tino.orlishausen@gew-nrw.de
Tel. 0157/58078073

Markus Pörner
markus.poerner@gew-nrw.de
Tel. 0177/9654362

Gymnasium
Ulrich Jacobs
ulrich.jacobs@gew-nrw.de
Tel. 0202/9742873

Berufskolleg
Frederik Trapp
frederik.trapp@gew-nrw.de
Tel. 0172/7620460

**Personalrat wiss. u. künstl.
Beschäftigte Berg. Universität**
Dr. Susanne Achterberg
prwiss@uni-wuppertal.de
Tel. 02333/601044

Leitungsteam

Martina Haesen-Maluck

martina.haesen@gew-nrw.de

Tino Orlishausen

tino.orlishausen@gew-nrw.de

Richard Voß

richard.voss@gew-nrw.de

Kassierer

Thorsten Klein

thorsten.klein@gew-nrw.de

Team Rechtsschutz

Helga Krüger

helga.krueger@gew-nrw.de

Ulrich Jacobs

ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Team Angestellte

Dr. Egbert Fröse

egbert-froese@web.de

Rainer Kriegel

rainer.kriegel@gew-nrw.de

Christine Schwedler

christine.schwedler@gew-nrw.de

Michael Saga

michael.saga@gmx.de

Team Senior*innen

Inge Hanten

inge.hanten@googlemail.com

Birgit Wernecke

wernecke_birgit@gmx.de

Vertrauensleute/Lehrerräte

Ulrich Jacobs

ulrich.jacobs@gew-nrw.de

junge GEW

Sebastian Danck

sebastian.danck@gew-nrw.de

Verbindung zum DGB

Dr. Dirk Krüger

krueger.wtal@t-online.de

Fachgruppe Grundschule

Hatun Cici

hatun.cici@gew-nrw.de

Anna Oëx

anna.oex@gew-nrw.de

Karen Weber

karen.weber@gew-nrw.de

Fachgruppe Förderschule

Conny Fahle

cornelia.fahle@gew-nrw.de

Fachgruppe Hauptschule

Thorsten Klein

thorsten.klein@gew-nrw.de

Fachgruppe Gesamtschule

Vanessa Yasmin Scholl

vanessa.yasmin.scholl@gew-nrw.de

Markus Pörner

markus.poerner@gew-nrw.de

Fachgruppe Realschule

Christian Neumann

christian.neumann@gew-nrw.de

Fachgruppe Berufskolleg

Johannes Ulke

johannes.ulke@gew-nrw.de

Fachgruppe Gymnasium

Ulrich Jacobs

ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Kontakt Studierende

Julia Schnäbelin

hib-wuppertal@gew-nrw.de

Fachgruppe Dozent*innen

Dr. Susanne Achterberg

prwiss@uni-wuppertal.de

Im Mai/Juni 2020 werden die
Personalräte neu gewählt.

Deine Stimme hat **GEWICHT!**

Gewerkschaft wirkt.

GEW Liste 2 